

Die Ergebnisse der Europawahl in Deutschland 2014 – Wahlbericht und erste Analyse

Inhaltsverzeichnis

1. Vorbemerkung	2
2. Zusammenfassung des Wahlergebnisses und erste Bewertung	2
3. Wahlrecht, Wahlbeteiligung und Wähler/-innenwanderung	6
3.1. Das europäische Wahlrecht und die Sitzverteilung	6
3.2. Die Wahlbeteiligung	7
3.3. Die Wähler/-innenwanderung	9
3.4. Wer wählte wen?	10
4. Das Wahlergebnis für DIE LINKE im Bund und in den Ländern	11
5. Ergebnisse der Vorwahl- und Wahltagsbefragungen	14
5.1. Zustimmung zur Europapolitik der Bundesregierung	14
5.2. Eher mehr als weniger Europa und weitere Beitritte zur EU	15
5.3. Zustimmung zur Euro-Rettung / Ablehnung einer Rückkehr zur D-Mark	16
5.4. Interesse an der Europawahl und wahlentscheidende Aspekte	18
5.5. Kompetenzen und Image der Parteien	20
6. Anhang (Karten)	22
Wahlbericht / Die Autoren / Vorbehalt	24

1. Vorbemerkung

Rund 400 Millionen Bürgerinnen und Bürger der Staaten der Europäischen Union wählten vom 22. bis 25. Mai 2014 das 8. Europäische Parlament.

Die Wahlen begannen am 22. Mai in den Niederlanden und in Großbritannien. Am Freitag wurde in Irland gewählt, ebenfalls am Freitag sowie am Samstag in Tschechien, darüber hinaus wählten am Samstag die EU-Bürger_innen in Lettland, Malta und in Italien, wo ebenfalls auch am 25. Mai gewählt werden konnte. In allen anderen Ländern fanden die Wahlen zum Europäischen Parlament am heutigen Sonntag statt.

Der hier vorgelegte Wahlnachtbericht zur Europawahl 2014 befasst sich vorrangig mit den Wahlergebnissen in Deutschland

2. Zusammenfassung des Wahlergebnisses und erste Bewertung

Tabelle: Vorläufiges Ergebnis der Europawahl 2014

Gegenstand der Nachweisung	Stimmen 2014		Stimmen 2009		Diff. zu 2009 in %-Pkt.
	Anzahl	%	Anzahl	%	
Wahlberechtigte	62.004.092	-	62.222.873	-	-
Wähler/-innen	29.836.916	48,1	26.923.614	43,3	4,9
Ungültige	496.216	1,7	590.170	2,2	-0,5
Gültige	29.340.700	98,3	26.333.444	97,8	0,5
CDU	8.807.500	30	8.071.391	30,7	-0,6
SPD	7.999.955	27,3	5.472.566	20,8	6,5
GRÜNE	3.138.201	10,7	3.194.509	12,1	-1,4
FDP	986.253	3,4	2.888.084	11	-7,6
DIE LINKE	2.167.641	7,4	1.969.239	7,5	-0,1
CSU	1.567.258	5,3	1.896.762	7,2	-1,9
FREIE WÄHLER	428.524	1,5	442.579	1,7	-0,2
REP	109.856	0,4	347.887	1,3	-0,9
Tierschutzpartei	366.303	1,2	289.694	1,1	0,1
FAMILIE	202.871	0,7	252.121	1	-0,3
PIRATEN	424.510	1,4	229.464	0,9	0,6
ÖDP	185.119	0,6	134.893	0,5	0,1
PBC	55.377	0,2	80.688	0,3	-0,1
Volksabstimmung	88.430	0,3	69.656	0,3	0
BP	62.542	0,2	55.779	0,2	0
CM	30.124	0,1	39.953	0,2	0
AUF	51.048	0,2	37.894	0,1	0
DKP	25.204	0,1	25.615	0,1	0
BüSo	10.695	0	10.909	0	0
PSG	9.852	0	9.646	0	0
AfD	2.065.162	7	-	-	7
PRO NRW	54.456	0,2	-	-	0,2
MLPD	18.479	0,1	-	-	0,1
NPD	300.815	1	-	-	1

Tabelle: Vorläufiges Ergebnis der Europawahl 2014 (Fortsetzung)

Gegenstand der Nachweisung	Stimmen 2014		Stimmen 2009		Diff. zu 2009 in %-Pkt.
Die PARTEI	184.525	0,6	-	-	0,6
Übrige	-	-	814.115	3,1	-

Quelle: Bundeswahlleiter

Aufgrund des Wegfalls der Sperrklausel werden aus Deutschland künftig Vertreter/-innen von 14 Parteien im Europaparlament vertreten sein.

Tabelle: Sitzverteilung der deutschen Mandate

CDU 29 (-5)	CSU 5 (-3)	SPD 27 (+4)	Grüne 11 (-3)	LINKE 7 (-1)	AfD 7	FDP 3 (-9)
Freie Wähler 1	Piraten 1	Tierschutz 1	NPD 1	Familien 1	ÖDP 1	PARTEI 1

Bei der Europawahl 2014 haben die Parteien der deutschen Regierungskoalition gegenüber der EPW 2009 vier Prozentpunkte hinzugewonnen. Dabei haben sich allerdings die Stärkeverhältnisse verändert: Die **SPD** gewinnt 6,5%-Punkte hinzu, die **CDU** bleibt mit -0,6% weitgehend stabil, während die bayerische Regionalpartei **CSU** deutlich verliert - fast 2% und als einzige der drei regierenden Parteien auch absolute Stimmen (-330.000). Aus Sicht der Union kann formuliert werden: Mit Angela Merkel kann man Wahlen bestehen, mit Horst Seehofer nicht. Die Europawahl war im bayerischen Freistaat eine günstige Gelegenheit für einen Denkkzettel an die Christsozialen - im Rest der Republik gab es hingegen kein Bedürfnis für eine echte Denkkzettelwahl.

Die Stärke der Regierungsparteien ist vor allem auf die weit überwiegende Wahrnehmung in der Bevölkerung zurückzuführen, dass die allgemeine und auch die persönliche wirtschaftliche Lage gut sind.

Weiter spielte eine Rolle, dass für die Wahlentscheidung die Politik in Deutschland wichtiger war als die Europapolitik. Der Wahlkampf der beiden Parteien war auf die Rolle Deutschlands in der EU und auf die Vorteile von EU und Euro für die wirtschaftliche Situation in Deutschland zugeschnitten. Die im Vorfeld der Europawahl von der Regierung und der übergroßen Mehrheit der Großen Koalition im Bundestag verabschiedeten Beschlüsse und Gesetze, darunter vor allem der Mindestlohn, die Rentengesetze u.a., verstärkten die positive innenpolitische Wahrnehmung und signalisierten vor allem eine Rückkehr zu sozialdemokratischer Politik.

Letzteres mag vor allem den Wahlerfolg der SPD erklären, die allerdings immer noch deutlich hinter der Union und unter 30% liegt. Wenn der SPD-Parteivorsitzende Gabriel und der Fraktionsvorsitzende der SPD im Bundestag Oppermann darauf verweisen, dass bei noch keiner Wahl die SPD so stark zugelegt habe, verzichten beide freilich auf den Hinweis, dass die SPD bei den vergangenen bundesweiten Wahlen erdrutschartige Verluste auf historisch niedriges Niveau hinzunehmen hatte. Schlechter konnte es folglich nur noch im unwahrscheinlichen Falle werden. Am Ende des Wahlkampfes setzte zudem auch die SPD offen auf die deutsche, nationalstaatliche Karte, in dem sie mit Martin Schulz als Kandidat »aus Deutschland« für Europa warb.

Die **Grünen** verlieren als bundespolitische Oppositionspartei 55.000 Stimmen und Anteile von 1,4%-Punkten, schnitten aber prozentual deutlich besser ab als bei der vergangenen Bundestagswahl.

DIE LINKE behauptete sich in etwa auf dem Niveau der Wahl 2009 bei einem Plus von rund 200.000 Stimmen. Sie blieb damit allerdings unter ihrem Bundestagswahlergebnis und verliert aufgrund des Wegfalls der Sperrklausel einen Sitz im Europaparlament.

Die Wahlergebnisse zeigen ein differenziertes Bild auf Länderebene für die Partei, wobei eine eindeutige Ost-West-Unterscheidung nicht möglich ist. In Brandenburg etwa gewinnt die Partei absolute Stimmen hinzu, verliert aber aufgrund der weitaus stärker gestiegenen Wahlbeteiligung 6,1%-Punkte. In Ländern wie Schleswig-Holstein oder Baden-Württemberg verbessert sie sich absolut und relativ deutlich, schöpft aber ihr Potential der Bundestagswahl mit am schlechtesten aus.

Insgesamt gilt: Die Stammwähler/-innen der Linken konnten im Vergleich zur EP-Wahl 2009 gut mobilisiert werden, doch von der gestiegenen Wahlbeteiligung profitierte die Partei, gesamtdeutsch betrachtet, nicht.

Die Themenwahl der Linkspartei war auf die Kernwählerschaft zugeschnitten – Umverteilung, soziale Gerechtigkeit, Frieden und humane Flüchtlingspolitik standen im Vordergrund. »Europa« spielte in der Wahlkampagne eher eine Nebenrolle.

Das Ziel der Wahlstrategie, den „nach der Regierungsbildung enttäuschten Teil der sozialdemokratischen Wählerinnen und Wähler der Bundestagswahl für die Wahl der LINKEN zu interessieren“ konnte die Partei nicht erreichen. Im Gegenteil – es scheint, als ob es der SPD in der aktuellen Regierungsbeteiligung besser als in der ersten Großen Koalition unter der Führung Merkels gelingt, die sozialdemokratische Wähler/-innenschaft zusammenzuhalten und durch Regierungsentscheidungen für die Wahl der SPD zu motivieren.

Die bisherige linke Faustformel »Regiert die SPD – gewinnt DIE LINKE« hat nicht mehr unmittelbare Gültigkeit. Vielmehr wächst das Erfordernis für die Linkspartei sich neuen Themen und neuen Wähler/-innenschichten glaubwürdig und ernsthaft zu öffnen – ohne dabei Einbußen bei der bisherigen Kernwählerschaft hinnehmen zu müssen.

Nichtsdestotrotz zeigt sich die Partei bei der EPW 2014 in einer stabilen Verfassung. Ins Stolpern zu geraten droht sie offensichtlich derzeit nur dann, wenn sie sich selbst ein Bein stellt.

Nach der Bundestagswahl unterstreicht diese EP-Wahl, dass die Bäume für DIE LINKE in Deutschland nicht in den Himmel wachsen. Auch wenn sie in dem ein oder anderen ostdeutschen Bundesland bei Landtagswahlen – oder auch bei Kommunalwahlen – die Fähigkeit behält, stärkste Partei zu werden oder zumindest stärkste Partei in einer potentiellen Regierungskoalition, so bleibt sie bei bundesweiten Wahlen das, was Politikwissenschaftler eine »kleine Partei« nennen. »Kleine Parteien« in diesem Sinne vermögen dauerhaft Ergebnisse von um die zehn Prozent zu erzielen, werden aber immer auf größere Partner angewiesen sein, wenn sie Mehrheiten bilden wollen. Sind sie mit ihren Themen erfolgreich, so erzielen sie Wirkung unter den Anhängern der größeren Parteien, die dann mit Anpassungsstrategien – siehe Mindestlohn – reagieren, worauf den »kleinen Parteien« nur bleibt, mit der Suche nach neuen Wirkungsfeldern zu antworten.

Die größten Veränderungen gab es im Lager der »**bürgerlichen**« **Parteien**. Die Verluste der **FDP** unterstreichen deren Niederlage bei der Bundestagswahl. Sie wird es schwer haben, aus dem 2-3% Ghetto wieder herauszukommen.

Auf der anderen Seite feiert die **Alternative für Deutschland (AfD)** ihren ersten Wahlerfolg. Sie erhält Proteststimmen und Stimmen aus den nationalliberal-konservativen, eher kleinbürgerlichen Milieus. In der Mehrheit handelt es sich um parteipolitisch heimatlose wirtschaftsliberale und wertkonservative Wähler/-innengruppen. Sie vertrauten darauf, dass die eigene Leistungsfähigkeit im europäischen Marktwettbewerb belohnt wird und sehen durch die herrschende EU-Politik ihre auf den Wettbewerbsgedanken gestützten Ordnungsvorstellungen bedroht. Die parteipolitisch heimatlosen Wähler/-innen docken derzeit am National- und Wettbewerbspopulismus der AfD an. Ob daraus eine stabile Verbindung entstehen kann ist derzeit dennoch offen – auch ein möglicher Einzug der AfD im Herbst in die Landtage in

Thüringen und Sachsen, letzteres ist erneut eine Hochburg der Partei, ändert an dieser Unbestimmtheit nichts.

Neben der AfD ziehen eine Reihe von weiteren **kleinen Parteien**, voraussichtlich sechs, mit je einem Abgeordneten ins neue EP ein. Möglich ist dies durch den Wegfall der Sperrklausel durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes. Dass auch die neofaschistische Partei einen Abgeordneten in das Europaparlament entsenden und die Gruppe der extremen Rechten im Brüsseler Parlament verstärken kann, ist höchst bedauerlich.

Das Wahlergebnis in Deutschland war, wie in anderen Ländern auch, vor allem ein nationales Wahlergebnis. Es wurde bestimmt von der Frage, wie es um die Politik in Deutschland steht und erst dann von der Frage, welche Vertreter aus Deutschland deutsche Interessen in Europa vertreten sollen. Europäische Interessen oder Ideen davon, was gut wäre für die weitere europäische Integration zu einem demokratischen, sozialen Europa spielten allenfalls eine Nebenrolle im Wahlkampf.

Das Wahlergebnis zeigt den europäischen Partnerstaaten, dass die politischen Machtverhältnisse in Deutschland stabil sind. Die rechten und nationalpopulistischen Parteien sind vorhanden, aber bleiben klein. Im Gegensatz zu anderen Ländern wie Frankreich und Großbritannien, in denen die »Rechtspopulisten« zur stärksten Partei wurden und somit einen erheblichen Druck auf die Politik der nationalen Regierungen im Land und im EU-Ministerrat ausüben könnten, wird das in Deutschland insgesamt nicht der Fall sein. Allerdings ist zu erwarten, dass aus der CSU weiter Druck aufgebaut werden wird, um die Migrations- und Sozialpolitik wieder stärker zu nationalisieren.

3. Wahlrecht, Wahlbeteiligung und Wähler/-innenwanderung

3.1. Das europäische Wahlrecht und die Sitzverteilung

Wie an einem einheitlichen Wahltag ermangelt es den Bürgerinnen und Bürgern der Europäischen Union auch an einem einheitlichen Wahlrecht. Die 28 Mitgliedstaaten haben auf der Grundlage des „Europa-Direktwahlakt“ nationale Wahlgesetze erlassen. Vereinheitlicht ist insbesondere, dass die Wahl nach einem Verhältniswahlssystem erfolgen muss. Geht es nach dem Wahlrecht, dann sind die EP-Wahlen jedoch ein vor allem nationales Ereignis.

Tabelle: Übersicht über das Wahlrecht zur Europawahl in den EU-Staaten

Staat	Sitze	Wahltag	Wahlalter akt./pas.	Vorzugsstimmen	Pana-schie-ren	Sperrklausel	Sitz-zuteilung	Wahl-pflicht
Belgien	21	So	18/21	Ja	Nein	Nein	dH	Ja
Bulgarien	17	So	18/21	Ja	Nein	Hare-Quote: ~5,88%	HN	Nein
Dänemark	13	So	18/18	Ja	Nein	Nein	dH	Nein
Deutschland	96	So	18/18	nein	Nein	Nein	SL	Nein
Estland	6	So	18/21	nein	Nein	Nein	dH	Nein
Finnland	13	So	18/18	Ja	Nein	Nein	dH	Nein
Frankreich	74	So	18/18	nein	Nein	5 % je Wahlkreis	dH	Nein
Griechenland	21	So	18/25	nein	Nein	3 % landesweit	EA	Ja
Großbritann. / Nord-Irland	73	Do	18/21	nein (NI: ja)	Nein (NI: ja)	Nein	Dh / NI: STV	Nein
Irland	11	Fr	18/21	Ja	Ja	Nein	STV	Nein
Italien	73	Sa/So	18/25	Ja	Nein	4 % landesweit	HN	Nein
Kroatien	11	So	18/18	Ja	Nein	5 %	dH	Nein
Lettland	8	Sa	18/21	Ja	Nein	5 % landesweit	SL	Nein
Litauen	11	So	18/21	Ja	Nein	5 % landesweit	HN	Nein
Luxemburg	6	So	18/18	Ja	Ja	Nein	dH	Ja
Malta	6	Sa	18/18	Ja	Ja	Nein	STV	Nein
Niederlande	26	Do	18/18	Ja	Nein	Hare-Quote (~3,85 %)	dH	Nein
Österreich	18	So	16/18	Ja	Nein	4 % landesweit	dH	Nein
Polen	51	So	18/21	nein	Nein	5 % landesweit	dH / HN	Nein
Portugal	21	So	18/18	nein	Nein	Nein	dH	Nein
Rumänien	32	So	18/23	Nein	Nein	5 % landesweit	dH	Nein
Schweden	20	So	18/18	Ja	Nein	4 % landesweit	(modifiziert)	Nein
Slowakei	13	So	18/21	Ja	Nein	5 % landesweit	QV-DQ	Nein
Slowenien	8	So	18/18	Ja	Nein	4 % landesweit	dH	Nein
Spanien	54	So	18/18	nein	Nein	Nein	dH	Nein
Tschechien	21	Fr / Sa	18/21	Ja	Nein	5 % landesweit	dH	Nein
Ungarn	21	So	18/18	nein	Nein	5 % landesweit	dH	Nein
Zypern	6	So	18/25	Ja	Nein	Nein	QV-DQ	Ja

HN = Hare/Niemeyer; dH= d'Hondt; SL= Sainte-Laguë; EA= „Enishimeni Analogiki“ QV-DQ= Quotenverfahren mit Droop-Quote

Das neue Europäische Parlament wird mit 751 Abgeordneten kleiner als das zuletzt gewachsene Vorgängerparlament sein. Zwar wurden 2009 nur 736 Parlamentarier gewählt, aber durch den Lissaboner Vertrag und den Beitritt Kroatiens erhöhte sich die Zahl der Abgeordneten auf 766.

Die Verteilung der Sitze auf die Mitgliedsstaaten erfolgt nicht direktproportional zur Einwohner-/innenzahl oder zur Zahl der Wahlberechtigten, sondern nach der Regel der »degressiven Proportion«. Die Stimmen von Wähler/-innen in bevölkerungsreichen, größeren Ländern haben ein geringeres Gewicht als diejenigen in kleineren Ländern. Malta mit rund 432.000 Einwohnern und Zypern mit 866.000 Einwohnern wählen jeweils sechs Abgeordnete, Deutschland mit 80,5 Mio. Einwohnern schickt 96 Abgeordnete. Kommt in Malta auf rund 70.000 Einwohner ein Abgeordneter oder in Zypern auf etwa 145.000 Einwohnern, so sind es in Deutschland knapp 840.000 Einwohner je gewähltem Parlamentsmitglied. Die Verteilung der Sitze im EP folgt in etwa der Logik der Verteilung der Sitze im deutschen Bundesrat auf die sechzehn Länder.

3.2. Die Wahlbeteiligung

An der diesjährigen Wahl zum Europäischen Parlament beteiligten sich in Deutschland über 2,9 Mio. Wahlberechtigte mehr als 2009, die Wahlbeteiligung stieg von 43,3% in 2009 auf 48,1%. Zuletzt war die Wahlbeteiligung in Deutschland 1994 mit 60% höher gewesen.

Der Anstieg der Wahlbeteiligung kann nicht allein damit erklärt werden, dass gleichzeitig in zehn Ländern Kommunalwahlen stattfinden sowie in Berlin ein Volksentscheid über die Bebauung des »Tempelhofer Feldes« durchgeführt wurde. Denn auch in Schleswig-Holstein stieg die Wahlbeteiligung von 36,8% auf 43,7%. Im Saarland sank die Wahlbeteiligung bei gleichzeitig stattfindenden Kommunalwahlen von 58,6% auf 54%.

Zunächst ist festzustellen: Bei der Wahlbeteiligung hat ein gewisser »Ausgleich der Extreme« stattgefunden. 2009 verzeichnete Brandenburg mit 29,9% die niedrigste und das Saarland mit 58,6% die höchste Wahlbeteiligung – ein Unterschied von fast 30 Prozentpunkten. 2014 schwankte die Wahlbeteiligung zwischen 40,3% in Bremen und 56,9% in Rheinland-Pfalz.

Festzustellen ist dann allerdings, dass in den Ländern Brandenburg, Berlin und Nordrhein-Westfalen die Wahlbeteiligung besonders stark stieg – was eben zum Teil an den diesmal gleichzeitig stattfindenden kommunalen Wahlen bzw. Volksentscheiden gelegen haben kann. Denn auf die Frage: »Wo werden die für Sie wichtigen Entscheidungen getroffen?« rangiert in der Einschätzung der Befragten der Gemeinderat um 12 Prozentpunkte vor dem EU-Parlament.

Der Anstieg der Wahlbeteiligung im Allgemeinen kann mit einem wieder gestiegenen Interesse an der Europawahl einher gegangen sein: Statt 43% äußerten nun 48% der von Infratest dimap Befragten ein »starkes« Interesse an der Europawahl. Einen ähnlichen Anstieg des Interesses verkündete die Forschungsgruppe Wahlen für das ZDF. Interessanter dürfte allerdings sein, dass sich die Bewertung der EU unter den Befragten deutlich verändert hat. Dass die EU-Mitgliedschaft für Deutschland Vorteile bringe, äußerten mit 44% der Befragten so viele wie seit 1999 nicht.

Tabelle: Die Mitgliedschaft Deutschlands in der EU bringt eher ... (Angaben in %)

	1999	2004	2009	2010	2014
Vorteile	20	21	29	25	44
Nachteile	27	27	17	27	16

Infratest dimap, <http://www.tagesschau.de/multimedia/bilder/uvotealbum126.html>

Gleichzeitig bewerteten die allgemeine wirtschaftliche Lage in Deutschland 60% der Befragten mit »gut« und nur 6% mit »schlecht«, 2009 war die Bewertung mit 8% zu 46% nahezu umgekehrt. 84% der Befragten waren gar der Auffassung, dass die EU-Mitgliedschaft für die gute wirtschaftliche Lage in Deutschland »wichtig« sei nur 14% hielten sie für unwichtig, 60% machten den Euro für die gute Lage mit verantwortlich. (Forschungsgruppe Wahlen, <http://wahl.zdf.de/wahlen/wahlen-im-zdf-12838120.html>).

Die enge Verbindung, die zwischen der EU-Mitgliedschaft und der guten wirtschaftlichen Lage in Deutschland hergestellt wird, könnte ein Antrieb für die Wahlbeteiligung gewesen sein. Es gibt keine Hinweise darauf, dass in den vergangenen Monaten die Zahl derjenigen entscheidend angestiegen ist, die die Auffassung teilen, dass die »eigene Stimme in der EU« zählt (vgl. Special Eurobarometer 415, wave EB81.2 – Horst Kahrs, »Vorwahlbericht 2«, 22.5.2014 – www.rosalux.de). Stattdessen sollte davon ausgegangen werden, dass die EU für die eigene wirtschaftliche Situation wie auch als Solidarzusammenhang in Krisenzeiten positiv wahrgenommen wurde – genauer: die deutsche Politik in der EU. Die Vorzeichen standen somit nicht auf Protestwahl, sondern auf Unterstützung des EU-Kurses der Großen Koalition durch Wahlteilnahme, wozu in Maßen auch die Spitzenkandidaturen und hier insbesondere Martin Schulz als Kandidat »aus Deutschland« beigetragen haben. Umgekehrt gilt dann auch: Wird die Lage als weniger gut oder schlecht wahrgenommen, führt das nicht, siehe 2009, zu einer höheren Wahlbeteiligung und mehr Proteststimmen, sondern eher zu einem Rückgang der Wahlbeteiligung.

Tabelle: Überblick über die Veränderung der Wahlbeteiligung in den Bundesländern

	EP 2009	EP 2014	Veränderung
Schleswig-Holstein	36,8%	43,7%	6,9%
Mecklenburg-Vorpommern	46,6%	46,9%	0,3%
Hamburg	34,7%	43,4%	8,7%
Niedersachsen	40,5%	49,1%	8,6%
Bremen	38,9%	40,3%	1,5%
Brandenburg	29,9%	46,7%	16,8%
Sachsen-Anhalt	37,8%	43,0%	5,2%
Berlin	35,1%	46,7%	11,5%
Nordrhein-Westfalen	41,8%	52,3%	10,5%
Sachsen	47,6%	49,2%	1,7%
Hessen	37,9%	42,2%	4,3%
Thüringen	53,0%	51,6%	-1,4%
Rheinland-Pfalz	55,6%	56,9%	1,3%
Bayern	42,3%	40,8%	-1,6%
Baden-Württemberg	52,0%	52,0%	0,0%
Saarland	58,6%	54,0%	-4,6%
Deutschland	43,3%	48,1%	4,9%

Quelle: Bundeswahlleiter, 26. Mai 2014, 01:30 Uhr

3.3. Die Wähler/-innenwanderung

Zur Berechnung der Wähler/-innenwanderungsbilanz werden anhand der Ergebnisse der Fragen nach aktueller und vorheriger Wahlentscheidung Wanderungsströme zwischen den Parteien bzw. „Haltequoten“ (Wähler/-in pro Partei, die bei beiden Wahlen die gleiche Partei gewählt haben) geschätzt. In der Wanderungsbilanz werden Zuzug und Wegzüge sowie neue Erstwähler/-innen und Verstorbene in der Bevölkerung berücksichtigt. Weiterhin wird die Gruppe der Nichtwähler/-innen einbezogen.

Genutzt werden für die Analyse amtliche Repräsentativstatistiken der letzten Wahlen, amtliche Bevölkerungsstatistiken, repräsentative Umfragen vor der Wahl und die Wahltagsbefragung.

Bei der letztlich vorgenommenen Wählerstromkonto-Berechnung für jede Partei werden die Einzelströme auf 1.000 gerundet. Dadurch ergeben sich Differenzen zum amtlich Endergebnis. Die Wählerstromanalyse von Infratest dimap spiegelt diese Befunde wieder.

Zu beachten ist, dass für die Europawahl 2014 durch das Institut die Stimmen mit den Zweitstimmen bei der Bundestagswahl 2013 verglichen wurden.

Die Tabelle ist jeweils in den horizontalen Zeilen wie folgt zu lesen: Die CDU kann naturgemäß mit der CDU keine Wähler/-innen austauschen, gibt aber an die SPD 310.000 Wähler/-innen ab. Diese sind mit einem Minus-Zeichen (-) vermerkt. In der SPD-Zeile sind diese 310.000 Stimmen positiv saldiert.

Tabelle: Zuwanderung (+) bzw. Abwanderung (-) der Wähler/-innen in Hessen

	Union	SPD	FDP	Grüne	DIE LINKE	AfD
Union	-	-310.000	30.000	-240.000	-90.000	-470.000
SPD	310.000	-	70.000	-60.000	-60.000	-170.000
FDP	-30.000	-70.000	-	-40.000	-10.000	-50.000
Grüne	240.000	60.000	40.000	-	10.000	-30.000
LINKE	90.000	60.000	10.000	-10.000	-	-100.000
AfD	470.000	170.000	50.000	30.000	100.000	-

<http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2014-05-25-EP-DE/analyse-wanderung.shtml>

Die AfD gewinnt Wähler/-innen von allen im Bundestag vertretenen Parteien zuzüglich der FDP. Am stärksten von den Unionsparteien (470.000) sowie von SPD und Linkspartei.

Dass der Anteil der Wechselwähler/-innen von der FDP zur AfD gegenüber der Bundestagswahl vergleichsweise klein ausfällt dürfte damit zu erklären sein, dass die Partei auf die liberale Kernwähler/-innenschaft zusammengeschrumpft ist.

Im Vergleich zur Gesamtwähler/-innenzahl von SPD und Linkspartei nehmen sich die 170.000 bzw. 100.000 Wähler/-innen, die zur AfD wechselten, moderat aus. Im Übrigen kann DIE LINKE von Union, FDP und SPD insgesamt 160.000 Wähler/-innen hinzugewinnen, darunter 100.000 allein von der Union und der FDP.

Die SPD gewinnt vorrangig aus dem schwarz-gelben Spektrum (380.000), muss jedoch 290.000 Stimmen an Grüne, Linke und AfD abgeben.

3.4. Wer wählte wen?

Für eine qualifizierte Auswertung der Wahlergebnisse ist von Interesse, wie sich bestimmte soziale Gruppen bei der Wahl verhalten haben.

Tabelle: Wer wählte wen?

	CDU	SPD	FDP	GRÜNE	LINKE	AfD
<i>Alle</i>	35	27	3	11	7	7

Wahlentscheidung nach Geschlecht

Frauen	37	27	3	13	7	5
Männer	34	27	4	9	8	9

Infratest dimap

Frauen	37	27	2	13	7	5
Männer	35	27	3	9	8	8

FGW

Wahlentscheidung nach Alter

Erstwähler	28	19	3	18	8	8
18-24 Jahre	27	20	3	18	8	8
25-34 Jahre	29	19	3	16	8	8
35-44 Jahre	33	22	3	15	7	8
45-59 Jahre	31	28	3	14	8	7
60-69 Jahre	36	33	3	7	8	7
70 und älter	48	32	4	3	6	5

Infratest dimap

Unter 30 Jahre	28	20	3	17	8	7
30-44 Jahre	34	21	3	14	7	7
45-59 Jahre	33	28	3	14	8	7
Über 60 Jahre	42	34	3	4	7	6

FGW

Wahlentscheidung nach Beruf/Tätigkeit und Bildungsgrad

Arbeiter	32	26	2	7	10	10
Angestellte	34	24	3	14	7	8
Selbständige	38	17	9	15	7	8
Rentner	41	34	3	5	7	6
Arbeitslose	22	28	2	11	16	5

Infratest dimap

Arbeiter	36	29	2	6	9	7
Angestellte	34	29	3	12	7	6
Beamte	34	32	2	13	6	8
Selbständige	39	19	6	14	7	9
Hauptschule	44	34	2	3	5	5
Realschule	39	27	2	8	8	7
Abitur	31	25	3	15	8	7
Hochschule	30	24	4	19	9	6

FGW

Wahlentscheidung nach Merkmal Spätentscheider

Spätentscheider	33	26	3	12	6	6
-----------------	----	----	---	----	---	---

Infratest dimap

4. Das Wahlergebnis für DIE LINKE im Bund und in den Ländern

Der Anteil an den gültigen Stimmen sank für DIE LINKE von 7,5% auf 7,4%, obwohl die absolute Zahl ihrer Stimmen um knapp 200.000 anstieg. Mit anderen Worten: Sie »litt« unter der gestiegenen Wahlbeteiligung, anderen Parteien gelang es besser, Wähler_innen zu mobilisieren.

Ein Blick auf die einzelnen Bundesländern zeigt indes, dass es dabei durchaus sehr unterschiedliche Entwicklungen gegeben hat:

- *Gruppe 1: Absolute Stimmenverluste.*

In Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Thüringen und dem Saarland verliert die Linkspartei absolut an Stimmen bei gleichzeitig – Ausnahme: Sachsen – weniger stark sinkender Zahl der gültigen Stimmen und sinkender Zahl der Wahlberechtigten. In Sachsen verliert DIE LINKE gegenüber der letzten Europawahl gut 25.000 Stimmen, obwohl die Zahl der gültigen Stimmen um knapp 16.000 angestiegen ist. Mit 18,3% erreicht sie ihr schlechtestes Ergebnis bei den letzten vier bundesweiten Wahlen. Im Saarland bricht DIE LINKE deutlich ein. Sie büßt knapp 27.000 Stimmen der 56.000 Stimmen von der EP-Wahl 2009 (-49,5%). Statt 12,0% erreicht die Partei nur noch 6,7% der Stimmen.

- *Gruppe 2: Absolute Stimmengewinne und relative Stimmenverluste.*

In diese Gruppe gehören vor allem Brandenburg und Sachsen-Anhalt. In Brandenburg steigert die Linkspartei ihre absolute Stimmen um 12,9% (+21.000), da aber die Wahlbeteiligung um 49,2% (+308.000) ansteigt, sinkt der Stimmenanteil für DIE LINKE von 26,0% auf 19,7%. Vor allem SPD und CDU mobilisieren ehemalige EP-Nichtwähler_innen. Nicht ganz so eklatant, aber gleichgerichtet, fällt das Ergebnis in Sachsen-Anhalt aus.

- *Gruppe 3: Absolute Stimmengewinne im Maß der gestiegenen Wahlbeteiligung*

In Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen steigt die Stimmenzahl für die Linkspartei etwas stärker als die Wahlbeteiligung, aber in etwa in ihrem Maß.

- *Gruppe 4: Geringer Anstieg der Wahlbeteiligung und starker Stimmenzuwachs.*

In diese Gruppe fallen die übrigen westdeutschen Länder. In Hamburg steigerte DIE LINKE ihren Stimmenanteil von 6,7% auf 8,6%. Sie profitierte dabei von der gestiegenen Wahlbeteiligung (von 34,7% auf 43,4%) überdurchschnittlich. Die Zahl der Stimmen stieg um über 18.000 oder knapp 63% bei einem Anstieg aller gültigen Stimmen um nur 27,4%. In Rheinland-Pfalz erhöhte sich die Wahlbeteiligung leicht von 55,6% auf 56,9%. Die Linkspartei gewann von 3,5% der gültigen Stimmen auf 3,7% hinzu. Das Plus von knapp 5.300 Stimmen lag mit 9,2% deutlich über dem Zuwachs der gültigen Stimmen (+3,7%) In Schleswig-Holstein stieg die Zahl der gültigen Stimmen gegenüber 2009 um 155.100 oder 19,1%. DIE LINKE konnte mit über 11.000 Stimmen überdurchschnittlich, um 36,3% hinzugewinnen und erreicht 4,5% statt 3,9%. Besonders hervorzuheben ist das Ergebnis in Hessen. Mit 63,3% erreicht sie einen noch stärkeren Stimmenzuwachs als in Hamburg bei einer deutlich niedrigeren Steigerung der Wahlbeteiligung.

- *Sonderfall Land Berlin.*

Auch hier erreicht die Linkspartei 48,8% mehr Stimmen als 2009 (+61.700). Im ehemaligen Ost-Berlin verliert DIE LINKE 3,5%, von 30,3% auf 26,8%, gewinnt aber gleichwohl absolut 22.900 Stimmen hinzu (+23,9%). Trotz zum Teil deutlichen Rückgangs des Stimmenanteils bleibt die Partei in Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf und Treptow-Köpenick stärkste Partei. In Pankow gewinnt die Linkspartei 9.100 Stimmen hinzu, verliert indes beim Anteil an den gültigen Stimmen von 22,8% auf 22,7% - und wird gleichwohl, »dank« hoher Verluste der Grünen, knapp stärkste Partei im Bezirk vor den Grünen (22,3%). Im alten West-Berliner Stadtgebiet steigert die Partei ihren Stimmenanteil von 5,6% auf 9,7% und erreicht ein Plus von 38.850 Stimmen (+127%).

Tabelle: Ergebnisse der LINKEN nach Ländern im Vergleich

	Stimmenanteil DIE LINKE		Veränderung absolute Stimmen	
	EP 2009	EP 2014	gültige Stimmen	LINKE
Schleswig-Holstein	3,9%	4,5%	19,1%	36,3%
Mecklenburg-Vorpommern	23,5%	19,6%	-2,4%	-18,5%
Hamburg	6,7%	8,6%	27,4%	62,9%
Niedersachsen	4,0%	4,0%	21,4%	21,7%
Bremen	7,2%	9,6%	3,0%	37,3%
Brandenburg	26,0%	19,7%	49,2%	12,9%
Sachsen-Anhalt	23,6%	21,8%	8,7%	0,4%
Berlin	14,7%	16,2%	34,9%	48,8%
Nordrhein-Westfalen	4,6%	4,7%	24,4%	27,6%
Sachsen	20,1%	18,3%	1,0%	-7,8%
Hessen	3,9%	5,6%	12,5%	63,3%
Thüringen	23,8%	22,5%	-6,7%	-11,7%
Rheinland-Pfalz	3,5%	3,7%	3,7%	9,2%
Bayern	2,3%	2,9%	-1,9%	24,2%
Baden-Württemberg	3,0%	3,6%	2,6%	24,6%
Saarland	12,0%	6,7%	-8,6%	-49,5%
Deutschland	7,5%	7,4%	11,4%	10,1%

Quelle: Bundeswahlleiter, 26. Mai 2014, Stand 01:30

Die Zu- und Abnahme der absoluten Stimmen und der Stimmenanteile im Vergleich der Wahlen zum Europäischen Parlament 2014 mit denen 2009 besagt indes allein wenig über die Fähigkeit der einzelnen Landesverbände zur Mobilisierung ihres Potentials.

Als »Potential« lässt sich zumindest die bei der vorherigen Bundestagswahl erreichte Stimmenzahl annehmen: Wer im Herbst 2013 für DIE LINKE stimmte, sollte auch bei der EP-Wahl im Frühjahr 2014 ein LINKE-Wähler werden können. Wenn man gleichzeitig berücksichtigt, dass die Wahlbeteiligung bei der EP-Wahl generell niedriger ausfällt, so kann man für Landesverbände, in denen die Stimmenzahl für DIE LINKE stärker zurückgeht als die Zahl der gültigen Stimmen von einer unterdurchschnittlichen Mobilisierung sprechen, wo sie weniger stark zurück geht dagegen von einer überdurchschnittlichen Mobilisierung.

Die folgende Tabelle zeigt die »Mobilisierung« von Wähler_innen bei der EP-Wahl 2014 als prozentualer Anteil der Wähler_innen bei der Bundestagswahl und das Verhältnis der entsprechenden stimmen für DIE LINKE.

Tabelle: Mobilisierung der Wähler/-innen der Linkspartei bei der EPW 14

	Gültige Stimmen		
	gesamt	LINKE	Differenz
Rheinland-Pfalz	77,6%	52,1%	-25,5%
Saarland	73,7%	49,2%	-24,5%
Baden-Württemberg	69,5%	52,2%	-17,3%
Nordrhein-Westfalen	72,1%	55,3%	-16,8%
Niedersachsen	67,0%	52,9%	-14,1%
Bayern	58,8%	45,8%	-13,1%
Brandenburg	67,3%	59,0%	-8,3%
Schleswig-Holstein	59,5%	51,4%	-8,1%
Berlin	64,8%	56,9%	-7,8%

Tabelle: Mobilisierung der Wähler/-innen der Linkspartei bei der EPW 14 (Fortsetzung)

	Gültige Stimmen		
	gesamt	LINKE	Differenz
Mecklenburg-Vorpommern	70,1%	63,8%	-6,3%
Sachsen-Anhalt	67,7%	61,7%	-6,0%
Sachsen	69,5%	63,6%	-6,0%
Hessen	58,6%	54,9%	-3,7%
Bremen	58,7%	55,6%	-3,1%
Thüringen	74,2%	71,3%	-2,9%
Hamburg	61,9%	60,7%	-1,2%
Deutschland	67,1%	57,7%	-9,4%

Quelle: Bundeswahlleiter, eigene Berechnungen.

Die Zahl der gültigen Stimmen bei der EP-Wahl in ganz Deutschland lag bei 67,1% der gültigen Zweitstimmen bei der Bundestagswahl. Die Zahl der Stimmen für DIE LINKE lag bei nur 57,7% ihrer Stimmen bei der Bundestagswahl. Die Linkspartei konnte mithin ihre Bundestagswähler_innen schlechter mobilisieren als andere Parteien, wobei Hessen, Bremen, Thüringen und Hamburg recht nahe am Durchschnitt aller gültigen Stimmen blieben, während in Rheinland-Pfalz, Saarland, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Bayern die Ausschöpfung auffallend unterdurchschnittlich stattgefunden zu haben scheint.

5. Ergebnisse der Vorwahl- und Wahltagsbefragungen

Im Vorfeld der Europawahl führten neben verschiedenen Instituten die Forschungsgruppe Wahlen sowie Infratest dimap im Auftrag des ZDF sowie der ARD Umfragen durch, auf deren Ergebnisse sich die nachfolgende Betrachtung stützt.

Sowohl Infratest dimap als auch das Institut für Demoskopie in Allensbach haben in den vergangenen Jahren langfristige Betrachtungen über die Haltung der Deutschen zu Europa vorgenommen, die ebenfalls einbezogen werden.

5.1. Zustimmung zur Europapolitik der Bundesregierung

Aus den monatlichen Befragungen von Infratest dimap lässt sich die Haltung der Deutschen zur Euro- und Schuldenkrise gut ablesen. Im Vorfeld der Bundestagswahl, im August 2013, waren fast zwei Drittel der wahlberechtigten Deutschen der Auffassung, dass ihnen der schlimmste Teil der Euro- und Schuldenkrise noch bevorstehe. Doch lag dieser Wert bereits 12 Prozentpunkte unter dem vom April 2013, als drei Viertel der Deutschen eine Verschlimmerung der Euro- und Schuldenkrise erwarteten. Zwischenzeitlich ist dieser Wert auf 42% im Mai 2014 zurückgegangen.

Tabelle: Aussagen zur Euro- und Schuldenkrise

Stimme eher zu	Aussage	Stimme eher nicht zu
63	Der schlimmste Teil der Euro- und Schuldenkrise steht uns noch bevor (August 2013)	32
69	Ich vertraue darauf, dass die Bundesregierung uns gut durch die Krise führt (August 2013)	29
75	Der schlimmste Teil der Euro- und Schuldenkrise steht uns noch bevor (April 2013)	21
65	Bundeskanzlerin Angela Merkel hat in der Euro-Krise richtig und entschlossen gehandelt (April 2013)	29
70	Der schlimmste Teil der Euro- und Schuldenkrise steht uns noch bevor (Januar 2013)	25
57	Bundeskanzlerin Angela Merkel hat in der Euro-Krise richtig und entschlossen gehandelt (Januar 2013)	37

Frage: Ich nenne Ihnen jetzt einige Ansichten zur Euro- und Schuldenkrise und Sie sagen mir bitte, ob Sie ihnen eher zustimmen oder eher nicht zustimmen.

Quelle: ARD-DeutschlandTREND August 2013

Die Zustimmung zu Merkels Krisenpolitik wurde in der Bevölkerung weitgehend akzeptiert - zwischen Januar und April 2013 nahm die Zustimmung zu ihrem Handeln in der Krise stärker zu, als die Befürchtung einer Verschlimmerung der Euro- und Schuldenkrise.

Im August 2013 vertrauten 69% der Deutschen darauf, dass die Bundesregierung sie gut durch die Krise führen werde. Diese Sichtweise koppelte sich mit einer zunehmend entspannten Wahrnehmung der wirtschaftlichen Lage generell und der eigenen wirtschaftlichen Situation.

Unabhängig von aktuellen Ereignissen in der weiterhin andauernden Wirtschafts- und Finanzkrise in Europa repräsentieren diese Werte eine langfristig messbare grundsätzliche Europafreundlichkeit der Deutschen. Abgesehen von den Jahren 2004/2005 sowie einem kurzen Zeitraum 2010 werden in der Mitgliedschaft Deutschlands in der Europäischen Union im Zehnjahresvergleich von Infratest dimap stets mehr Vor- als Nachteile gesehen. Im Januar 2014 sahen 39% der von Infratest dimap befragten wahlberechtigten Deutschen mehr Vorteile in der EU-Mitgliedschaft, während nur 19% eher Nachteile sahen. Dass sich Vor- und Nachteile die Waage halten, meinten 40%.

5.2. Eher mehr als weniger Europa und weitere Beitritte zur EU

Die Erhebungen des Instituts für Demoskopie in Allensbach stützen die von Infratest dimap erhobenen Daten. Das Institut für Demoskopie widmete sich europäischen Themen im Jahr 2013 gleich in zwei Veröffentlichungen. Im April 2013 betrachtete das Institut die frisch gegründete Partei Alternative für Deutschland (Köcher 2013) und im Juli 2013 das wachsende Vertrauen der Deutschen in die Europäische Union (Petersen 2013).

Nach Allensbach-Angaben war in den Jahren 2010 und 2011 ein spürbares Absinken des Vertrauens der Deutschen in die europäische Politik zu verzeichnen: „Nach Ausbruch der Griechenland-Krise im Jahr 2010 sank der Anteil derjenigen, die sagten, sie hätten großes Vertrauen in die Europäische Union, binnen weniger Wochen von 37 auf 26 Prozent. Die Zahl derer, die der Aussage zustimmten, Europa sei ‚unsere Zukunft‘, ging vom April 2010 bis zum Januar 2011 von 53 auf 41 Prozent zurück. Auf dem Höhepunkt der Vertrauenskrise im Herbst 2011, sagten 62 Prozent der Deutschen, die Situation beunruhige sie ‚sehr stark‘ oder ‚stark‘“ (Petersen 2013: 3). Zwischenzeitlich haben die Zustimmungswerte der Deutschen zur Europäischen Union – bei allem Misstrauen – wieder das Niveau vor Ausbruch der Euro- und Schuldenkrise erreicht (Petersen 2013: 4).

Tabelle: Zukünftig mehr oder weniger Europa?

...mehr gemeinsam handeln	Aussage	...stärker allein handeln
65	Die europäischen Länder sollen...	30

Quelle: ARD-DeutschlandTREND April 2014

Dies bietet auch eine Erklärung dafür, warum die Deutschen – wie Infratest dimap im April erhoben hatte – zu rund zwei Dritteln für mehr gemeinsames Handeln im europäischen Raum plädierten. Diese Werte sind fast identisch mit den im Januar 2014 und im Februar 2013 erhobenen Werten zur gleichen Fragestellung.

Tabelle: Zukünftig mehr oder weniger Europa? Nach Parteianhänger/-innen

Parteianhänger/-innen	...mehr gemeinsam handeln	...stärker allein handeln
Gesamt	65	30
Grüne-Anhänger/-innen	83	16
SPD-Anhänger/-innen	74	25
Union-Anhänger/-innen	66	29
Linke-Anhänger/-innen	59	35
AfD-Anhänger/-innen	38	62

Quelle: ARD-DeutschlandTREND April 2014

Mit Ausnahme der Anhänger/-innen der AfD, die zu knapp zwei Dritteln für ein stärker nationalstaatliches Handeln plädieren, sprechen sich in der gleichen Befragung von Infratest dimap die Anhänger/-innen der im Bundestag vertretenen Parteien für mehr gemeinsame Politik der EU-Mitgliedsstaaten aus.

Ebenfalls im April 2014 fragte Infratest dimap auch nach Ansichten über die Europäische Union. Die nachfolgende Tabelle zeigt, dass die überwiegend positive Sicht auf die Europäische Union durchaus auch kritische Sichtweisen, wie diejenige, dass es die EU nicht schaffe, in Krisenzeiten mit einer Stimme zu sprechen, beinhaltet.

Tabelle: Ansichten über die Europäische Union

	Trifft zu	Trifft nicht zu
Durch die EU leben wir in Europa sicherer	72	24
Die EU schafft es auch in schwierigen Situationen nicht, mit einer Stimme zu sprechen	71	23
Die EU sollte außenpolitisch stärker in Erscheinung treten	70	25
Die EU bietet besonderen Schutz in Krisenzeiten	68	27
Der Konflikt mit Russland hat die EU wieder stärker zusammengeschweißt	62	31
Auf der internationalen Bühne wird die EU nicht ernst genommen	48	46
Die Erweiterung der EU nach Osteuropa war ein richtiger Schritt	38	56

Quelle: ARD-DeutschlandTREND April 2014

Die mit 38% eher geringe Zustimmung zur Aussage, die EU-Osterweiterung sei ein richtiger Schritt gewesen, während 56% dies verneinten, kann nicht als grundsätzliche Skepsis gegenüber einer weitergehenden EU-Vergrößerung gewertet werden. Denn im März 2014 stimmten 51% der von Infratest dimap Befragten der Aussage zu, dass die Ukraine in einigen Jahren in die EU aufgenommen werden sollte, während 41% dies verneinten. Im laufenden Monat Mai 2014 stimmten 64% der befragten Deutschen der Aussage zu, dass die EU auch künftig weitere Staaten aufnehmen sollte, sofern die wirtschaftlichen und politischen Bedingungen erfüllt seien, während 34% dieser Aussage nicht zustimmten.

Nach Auffassung des Allensbach-Instituts habe die Schuldenkrise bei den Deutschen das Thema Europa „mehr als bisher ins Bewusstsein der Bürger gehoben. Wie bei einer starken Produktmarke sind dabei die Vorstellungen von Europa, die lange Jahre verschwommen geblieben waren, plastisch und lebendig geworden, mit ihren negativen aber eben auch mit ihren positiven Aspekten. Es sieht so aus, als würde dabei vielen Deutschen bewusst, was auf dem Spiel steht, wenn die europäische Integration scheitert. So stimmen 63 Prozent der Befragten der Aussage zu ‚Trotz aller Schwierigkeiten, die wir zurzeit in Europa haben, gehören wir Europäer letzten Endes zusammen‘.“ (Petersen 2013: 8).

5.3. Zustimmung zur Euro-Rettung / Ablehnung einer Rückkehr zur D-Mark

Die Finanz- und Wirtschaftskrise Europas wird aus deutscher Sicht vorrangig als Euro- und Schuldenkrise wahrgenommen. Insofern sind die Auffassungen zur Euro-Rettungspolitik der Bundesregierung bzw. der EU-Mitgliedsstaaten generell von Interesse als auch ein Vergleich mit den Auffassungen der AfD-Anhänger/-innen, da die AfD insbesondere ihre Kritik an der vorherrschenden Euro-Stabilisierung zum eigenen politischen Erkennungszeichen machte.

Im Januar 2013 bejahten 54% der von Infratest dimap Befragten die Frage, ob sie sich Sorgen um die eigenen Ersparnisse machen würden, während 45% dies verneinten. Im April 2013 nahm der Anteil der sich um die Ersparnisse sorgenden Deutschen auf 44% ab (Nein: 54%) und stieg im Juni 2013 auf 61% (Nein: 38). Im Mai 2014 lag der Wert derjenigen, die sich um die eigenen Ersparnisse sorgten auf 47% abgesunken. Der Anteil der AfD-Wähler/-innen, die sich um die Ersparnisse sorgten lag am Wahltag 2014 bei 67% und damit um 20 %-Punkte höher als in der Gesamtheit der Wähler/-innenschaft.

Tabelle: Ansichten über die Euro-Rettungspolitik im Zeitverlauf 2013

	Trifft zu	Trifft nicht zu
Ich vertraue darauf, dass die Bundesregierung uns gut durch die Krise führt (8/13)	69	28
Der Euro wird die gegenwärtige Krise überstehen und auch in einigen Jahren noch existieren (5/13)	76	20
Der Euro ist eine gute Idee, die nur schlecht umgesetzt wurde (5/13)	76	20
Die Bundesregierung sollte alles tun, um den Euro zu retten (5/13)	58	37
Die Europ. Zentralbank leistet bei der Bekämpfung der Krise gute Arbeit (5/13)	44	42
Bundeskanzlerin Angela Merkel hat in der Euro-Krise richtig und entschlossen gehandelt	65	29
Ich finde es richtig, dass Anleger und Sparer in Zypern Teile ihres Geldes abgeben müssen (4/13)	50	44
Ich kann die Wut verstehen, die viele Menschen in Südeuropa auf Deutschland und die deutsche Regierung haben (4/13)	34	65
Die Bundesregierung denkt bei der Euro-Rettung zu wenig daran, wie es den Menschen in den Krisenländern geht (4/13)	33	63
Die Europ. Zentralbank leistet bei der Bekämpfung der Krise gute Arbeit (5/13)	44	42

Quelle: ARD-DeutschlandTREND – in Klammern: Monat/Jahr

Vertraten vor einem Jahr im Mai 2013 immerhin 58% der befragten Deutschen die Auffassung, dass die Bundesregierung alles tun sollte, um den Euro zu retten, hat sich dieser Wert, wie die nachfolgende Tabelle zeigt, auf 72% erhöht. Mehrheitlich wird zudem weiterhin die Auffassung vertreten, dass der Umgang mit den Krisenländern richtig gewesen sei.

Tabelle: Aussagen zur Euro- und Schuldenkrise zum Zeitpunkt der EPW 14

	Trifft zu
Den Euro stabil zu halten ist im deutschen Interesse	86
Die deutschen Steuerzahler wird die Krise mehr kosten als erwartet	78
Die Bundesregierung sollte alles tun, um den Euro zu retten	72
Es war richtig, wie mit den Krisenstaaten umgegangen wurde	56

Quelle: <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2014-05-25-EP-DE/ansichten-euro.shtml>

Eine Rückkehr zur D-Mark, wie von der AfD programmatisch gefordert, wird in der bundesdeutschen Bevölkerung seit 2010 mehrheitlich abgelehnt, wie das Allensbach-Institut in den vergangenen Jahren in Übereinstimmung mit Werten von Infratest dimap feststellte (Tabelle). Doch selbst die AfD-Wähler/-innen vertraten laut Infratest dimap in der Nachwahlbefragung zur EPW 14 nur zu 39% die Meinung, es wäre besser, schnell die D-Mark einzuführen, während 56% der AfD-Wähler/-innen dieser Aussage nicht zustimmten.

Tabelle: Rückkehr zur D-Mark (Ja-Antworten in %)

2002	2003	2004	2007	2008	2010	2011	2012	2013	2014*
61	55	59	55	56	47	44	42	37	20

Quelle: Köcher 2013 / * <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2014-05-25-EP-DE/ansichten-euro.shtml>

Obwohl Euro-Skepsis allein nicht das entscheidende Moment des Wahlerfolgs der AfD darstellt, ist es interessant, die Erkenntnisse des Instituts für Demoskopie in Allensbach über die potenziellen Unterstützer der AfD aus dem Frühjahr 2013 Revue passieren zu lassen.

Renate Köcher vom Allensbach-Institut stellt dar, dass sich 80% derjenigen, die die AfD wählen würden, sich eine Rückkehr zur nationalen Währung wünschen; 68% sich überzeugt, dass die Nachteile des Euro für Deutschland überwiegen und 75% glauben nicht daran, dass es den Euro in zehn Jahren noch geben wird. (Köcher 2013: 5). „Die potenziellen Unterstützer der ‚Alternative‘ nicht signifikant stärker als der Durchschnitt der Bevölkerung über die Krise in der Eurozone beunruhigt sind. Aber sie halten die gesamte Konstruktion einer Währungsunion für einen Irrweg und hoffen entsprechend, dass die Krise dazu beiträgt, diesen Weg zu beenden. Als Übergangslösung plädieren sie mit großer Mehrheit für den Ausschluss überschuldeter Länder.“ (Köcher 2013: 6)

Table: Vergleich AfD-Potenzial und Bevölkerung (April 2013 und Mai 2014)

Bevölkerung insgesamt	Aussage	AfD-Potenzial
Was bringt der Euro für Deutschland?		
26	Bringt mehr Vorteile	8
33	Bringt mehr Nachteile	69
34	Vor- und Nachteile gleichen sich aus	19
Wird es in 10 Jahren den Euro noch geben?		
48	Es wird den Euro noch geben	21
42	Ich habe Zweifel	74
Wie sehr beunruhigt Sie persönlich die Krise der Euro-Zone?		
49	Sehr stark / stark	56
48	Weniger stark / kaum, gar nicht	38
Wäre es Ihrer Meinung nach für die Zukunft der Euro-Zone besser, wenn man hoch verschuldete Länder wie z.B. Griechenland ausschließt, oder wäre das der falsche Weg?		
45	Ausschließen	79
30	Wäre der falsche Weg	10
25	Unentschieden	11

Quelle: Köcher 2013

Alle Wähler/-innen EPW 14	Aussage	AfD-Wähler/-innen
Deutschland sollte andere EU-Mitgliedsländer in der Krise unterstützen		
52	Zustimmung	18
Deutschland sollte nicht für andere EU-Mitgliedsländer zahlen		
41	Zustimmung	78

Quelle: <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2014-05-25-EP-DE/ansichten-euro.shtml>

5.4. Interesse an der Europawahl und wahlentscheidende Aspekte

Die gestiegene Wahlbeteiligung bei der EPW 14 zeichnete sich nach Angaben der Forschungsgruppe Wahlen (FGW) bereits im Vorfeld ab. Waren 2009 nur 33% an der Europawahl sehr stark bis stark interessiert, während 66% wenig bis kein Interesse zeigten, lag der Wert des sehr starken bis starken Interesses im Vorfeld der diesjährigen EPW 14 bei 40%, während 59% wenig bis kein Interesse hatten.

Für eine Mehrheit der von der FGW befragten Deutschen war die Politik in Deutschland (54%) bei der Wahlentscheidung wichtiger als die Politik in Europa (40%). Infratest dimap ermittelte mit einem Verhältnis von 54% zu 39% fast den gleichen Wert wie die FGW.

Gefragt danach, wo die für die Einzelnen wichtigen Entscheidungen getroffen werden, rangiert das am Sonntag gewählte Europaparlament mit 66% auf dem letzten Rang, wie Infratest dimap ermittelte. Die höchste Relevanz haben nach Auffassung der Deutschen die im Bundestag getroffenen Entscheidungen (88%), danach folgen die Landtage (82%) und auf Platz 3 die Gemeinderäte (78%).

Tabelle: Wahlentscheidende Aspekte – Wähler/-innen nach Parteien

	Politik in Deutschland	Europaweit aufgestellte Spitzenkandidaten
Alle Wähler/-innen	54	56
CDU/CSU- Wähler/-innen	58	56
SPD- Wähler/-innen	51	74
Grünen- Wähler/-innen	34	39
LINKE- Wähler/-innen	56	46
AfD- Wähler/-innen	61	40
FDP- Wähler/-innen	71	45

Quelle: <http://wahl.zdf.de/wahlen/wahlen-im-zdf-12838120.html>

Für die Wähler/-innen der Grünen ist die europäische Politik mit Abstand am stärksten wahlentscheidend, während ansonsten die Wähler/-innen aller weiteren hier betrachteten Parteien mehrheitlich die Politik in Deutschland als wahlentscheidend erachteten. Die Unterschiede zwischen Union und AfD liegen dabei nicht weit auseinander. Dass für die FDP-Wähler/-innen die Politik in Deutschland mit Abstand so stark wahlentscheidenden Charakter hat dürfte damit zu erklären sein, dass es für diese Wähler/-innen vorrangig darum ging, überhaupt ein wahrnehmbares Lebenszeichen der Partei zu senden.

Die europäischen Spitzenkandidaten waren laut FGW für 56% wichtig bei der Wahlentscheidung, während 42% sie für weniger wichtig hielten. Dass für die SPD-Wähler/-innen der Spitzenkandidat Martin Schulz von der SPD eine hohe Bedeutung hatte, die sich in o.a. Tabelle ausdrückt, liegt auf der Hand.

Tabelle: Wahlentscheidend – Bundes- oder Europapolitik

	Politik in Deutschland	Politik in Europa
Alle Wähler/-innen	54	39
CDU/CSU- Wähler/-innen	65	29
SPD- Wähler/-innen	51	43
Grünen- Wähler/-innen	43	52
LINKE- Wähler/-innen	54	39
AfD- Wähler/-innen	46	47
FDP- Wähler/-innen	46	84

Quelle: <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2014-05-25-EP-DE/wahlentscheidende-themen.shtml>

Wie die vorstehende Tabelle zeigt, unterscheiden sich die Erkenntnisse der Institute in Teilen. Nach den von Infratest dimap erhobenen Werten bei den Wähler/-innen differieren die Angaben, u.a. zur FDP aber auch zur AfD erheblich.

Lösungsvorschläge zu Sachfragen waren laut Infratest dimap für 41% der befragten Wähler/-innen wahlentscheidend, für 19% deutsche Spitzenpolitiker, für 17% der jeweilige EU-Spitzenkandidat und für 16% die langfristige Parteibindung.

Tabelle: Welches Problem spielt für Ihre Wahl die größte Rolle?

Soziale Sicherheit	48
Friedenssicherung	42
Stabile Währung	29
Wirtschaftswachstum	24
Umweltschutz	20
Zuwanderung	13

Quelle: <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2014-05-25-EP-DE/wahlentscheidende-themen.shtml>

Mit 60% Zustimmung zur Aussage, dass die Wahl aus Enttäuschung über andere Parteien erfolgte, nimmt das Protestmotiv bei den Wähler/-innen der AfD laut Infratest dimap den höchsten Anteil ein. Bei den Wähler/-innen der Linkspartei beträgt der Protest-Anteil 40%, bei den Grünen 29%, der FDP 25%, der SPD 22 und den Unionsparteien 17%.

Tabelle: Gründe nicht an der EPW 14 teilgenommen zu haben

Die Parteien sind in der Europapolitik nicht zu unterscheiden	68
Enttäuschung über die Politik, egal ob in Berlin oder in Europa	65
Derzeit vertritt keine Partei meine Interessen	61
Das Europaparlament hat ohnehin wenig zu sagen	

Quelle: <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2014-05-25-EP-DE/ansichten-euro.shtml>

5.5. Kompetenzen und Image der Parteien

Infratest dimap verglich die Sicht auf die Kompetenzen der Parteien und stellte dabei einige Kategorien zur Auswahl, wobei die veröffentlichten Daten nur in einzelnen Feldern einen vollständigen Vergleich der Parteien ermöglichen, wie nachstehende Tabelle zeigt.

Tabelle: Kompetenzen der Parteien

	Union	SPD	Grüne	LINKE	AfD
Wirtschaft	54	17	2	3	1
Finanzen	49	19	3	3	1
Deutsche Interessen vertreten	46	23	2	3	2
Soziale Gerechtigkeit	20	41	4	11	1
Krise in der Ukraine lösen	25	15	-	-	-
Eurokrise bewältigen	44	16	-	-	-

Quelle: <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2014-05-25-EP-DE/kompetenzen.shtml>

Die Unionsparteien führen in den Kompetenzwerten deutlich vor der SPD, die nur im Kompetenzfeld Soziale Gerechtigkeit die Führungsrolle einnehmen kann. DIE LINKE erhält im Kompetenzfeld Soziale Gerechtigkeit den mit Abstand höchsten Kompetenzwert.

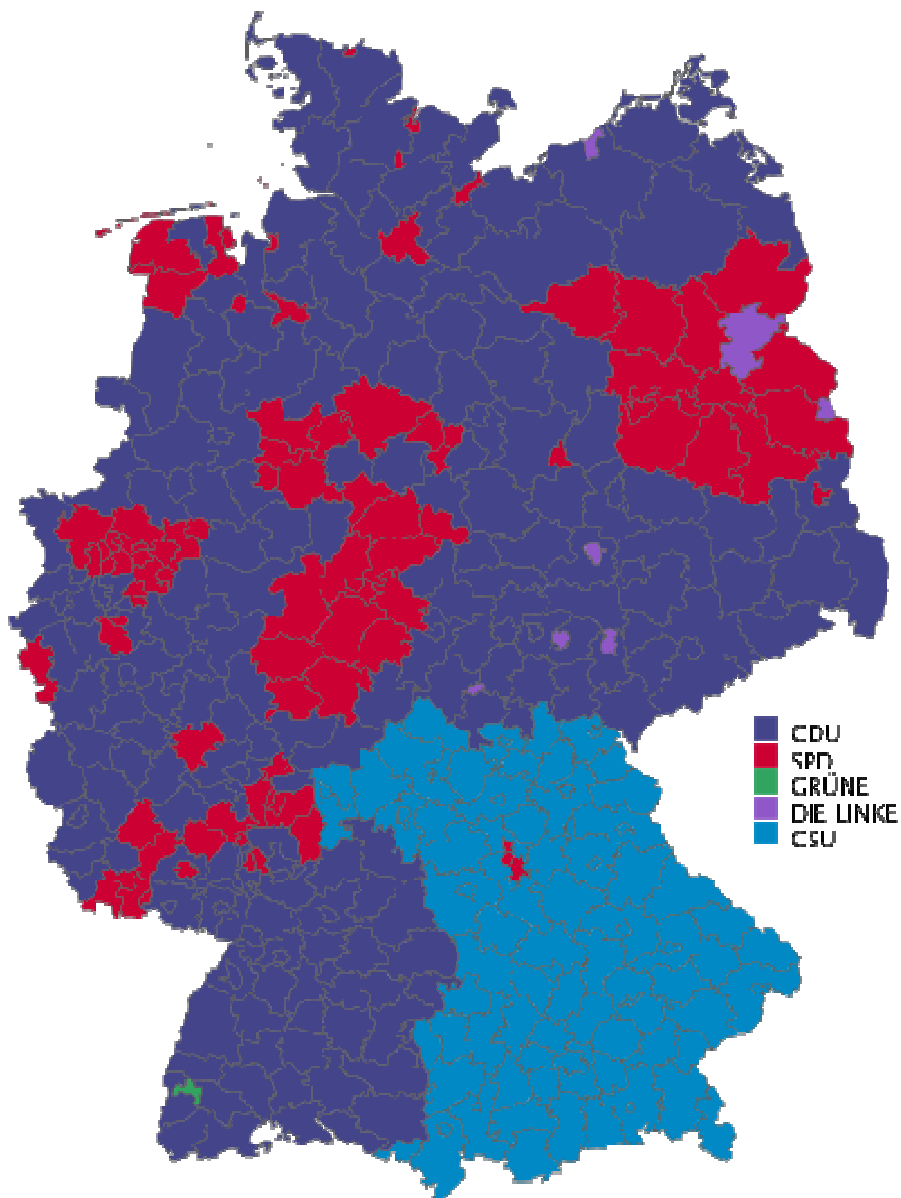
Tabelle: Image der Parteien

	Union	CSU	SPD	Grüne	LINKE	AfD
Wegen Merkel geht es den Deutschen trotz der Krise gut	68					
Setzt um, was sie bei der Bundestagswahl versprochen hat	33					
Juncker ist ein wichtiger Grund, die Union zu wählen	29					
CDU und CSU vertreten in der EU-Politik nicht die gleiche Linie	61					
CSU achtet darauf, dass deutsche Interessen nicht zu kurz kommen		70				
CDU und CSU vertreten in der EU-Politik nicht die gleiche Linie		64				
CSU ist im Europaparlament nicht so wichtig		41				
Setzt in der Bundesregierung sozialdemokratische Positionen durch			52			
Hat Politiker an der Spitze, denen man vertrauen kann			47			
Setzt um, was sie bei der Bundestagswahl versprochen hat			43			
Ist keine Partei mehr für die kleinen Leute			54			
Ihnen fehlt überzeugendes Führungspersonal				81		
Man weiß nicht mehr genau, wofür sie stehen				70		
Bemühen sich am stärksten um die Interessen der Verbraucher				51		
Kümmern sich am stärksten um Folgen für spätere Generationen				47		
Löst zwar keine Probleme, nennt die Dinge aber beim Namen					80	
Gut, dass es eine Partei gibt, die allgemein gegen Militäreinsätze ist					56	
Macht eine gute Oppositionsarbeit					47	
Gut, dass sie in der Ukraine-Krise Russland zum Teil in Schutz nimmt					40	
Löst zwar keine Probleme, nennt die Dinge aber beim Namen						41
Alternative für die, die sonst gar nicht wählen würden						37
Spricht offen aus, was die Mehrheit der Gesellschaft denkt						29
Ich halte sie für eine rechtspopulistische Partei						47

Quelle: www.wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen

6. Anhang (Karten)

Parteien mit dem höchsten Stimmenanteil
nach kreisfreien Städten und Landkreisen in den Ländern
Vorläufiges Ergebnis für die Bundesrepublik Deutschland

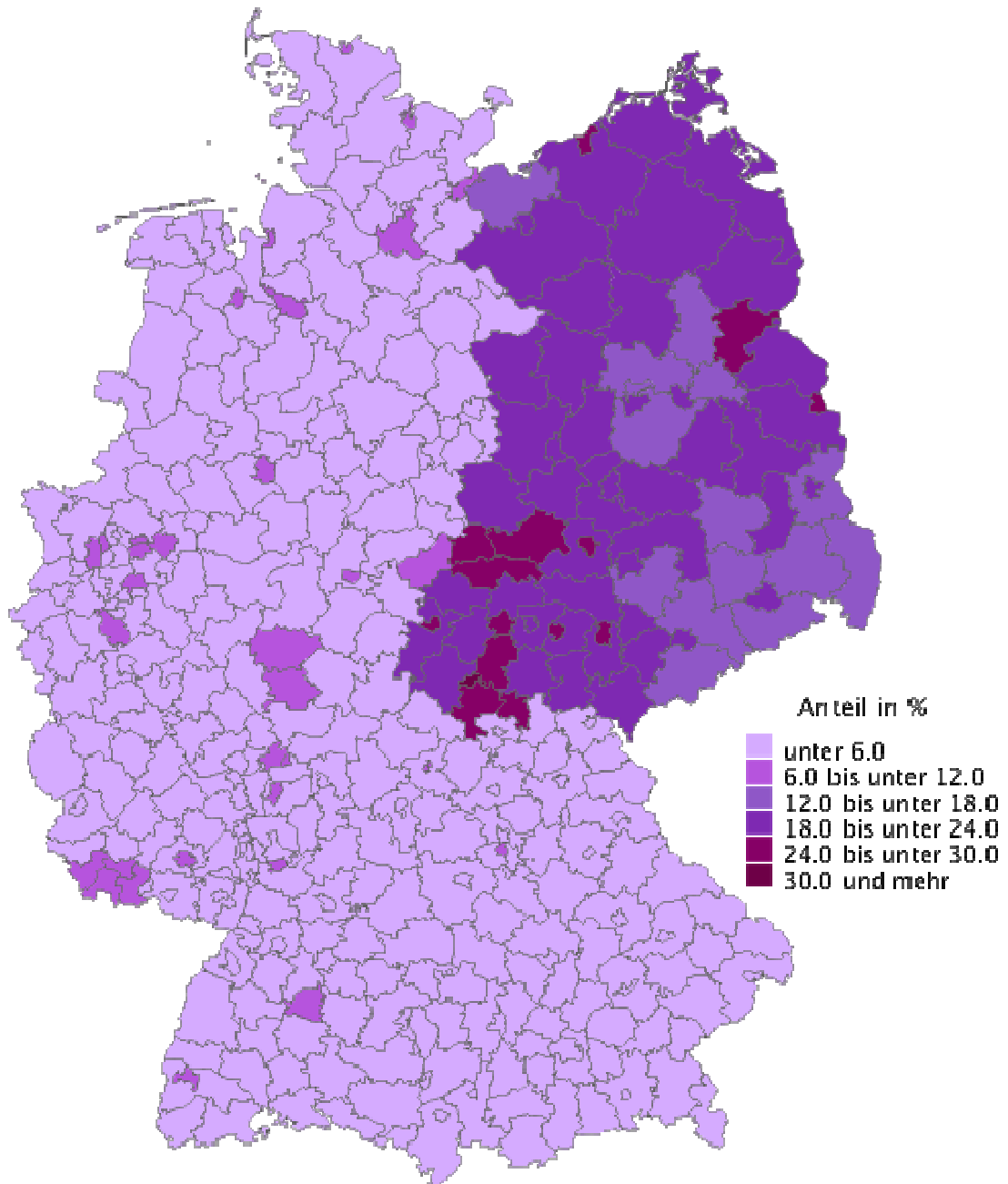


© GeoBasis-DE / EKG 2014

Stimmenanteile DIE LINKE

nach kreisfreien Städten und Landkreisen in den Ländern

Vorläufiges Ergebnis für die Bundesrepublik Deutschland



© GeoBasis-DE / BKG 2014

Wahlnachtberichte / Die Autoren / Vorbehalt

Zu den »Wahlnachtberichten«

Die »Wahlnachtberichte« sind ein Projekt von Benjamin-Immanuel Hoff und Horst Kahrs. Sie erscheinen seit der Europawahl 2004 jeweils zu den Landtags-, Bundestags- und Europawahlen.

Die »Wahlnachtberichte« erscheinen nicht im Auftrag einer Partei oder Stiftung oder parteilichen Strömung. Beide Autoren geben in den »Wahlnachtberichten« ausschließlich ihre persönliche Meinung wieder. Für Veranstaltungen stehen beide zur Verfügung.

Die »Wahlnachtberichte« und linke Wahlanalysen im Netz

Die Wahlnachtberichte sowie weitere Texte zu Wahlen, Wahlkämpfen können abgerufen werden unter:

www.horstkahrs.de sowie www.benjamin-hoff.de.

Zu den Autoren

Benjamin-Immanuel Hoff ist Sozialwissenschaftler, Geschäftsführer von MehrWertConsult sowie Fellow der School of Law, Politics and Sociology an der University of Sussex.

Er veröffentlichte zuletzt beim Hamburger VSA-Verlag „die linke: partei neuen typs? milieuströmungen-partiereform“.

Horst Kahrs ist Sozialwissenschaftler und Publizist. Er arbeitet am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Vorbehalt

Diese Analyse entstand in der Wahlnacht vom 25./26. Mai 2013 und basiert auf eigenen Erkenntnissen sowie den zu diesem Zeitpunkt öffentlich zugänglichen Daten von Wahlforschungsinstituten und weiteren Publikationen.

Die Daten können Mängel aufweisen, die bei der Übertragung nicht als solche erkannt werden. Darüber hinaus können Datenfehler bei der Erarbeitung dieser Analyse selbst entstehen. Die Darstellung und die gezogenen Schlüsse stehen unter diesem Vorbehalt.

* * *